



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Hauptausschuss

Herr Schneider

Telefon: (0221) 221 27549

E-Mail: Martin.Schneider@stadt-koeln.de

Datum: 02.08.2023

Niederschrift

über die **19. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 10.07.2023, 16:30 Uhr bis 19:03 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Achtelik	Volt	Vertreter von Frau Jennifer Glashagen
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE	Vertreter von Frau Christiane Martin
Frau Polina Frebel	SPD	Vertreterin von Herrn Mike Homann
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	Vertreterin von Herrn Heiner Kockerbeck

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Herr Beigeordneter Andree Haack

GPR

Herr Claudius Hupprecht

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE	vertreten durch Herrn Derichsweiler
Herr Mike Homann	SPD	vertreten durch Frau Frebel
Frau Lisa Steinmann	SPD	
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE	vertreten durch Frau Tokyürek
Frau Jennifer Glashagen	Volt	vertreten durch Herrn Achtelik

Beratende Mitglieder

Frau Ngoc-Anh Gabriel	Klima Freunde
-----------------------	---------------

Verwaltung

Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Stefan Charles

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 19. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es gibt folgende Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

2.1.5 Ideen aus dem Runden Tisch Karneval
2101/2023

2.1.6 Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus), Aktueller Sachstand
2023/2023

2.1.7 Sachstandsbericht zur Aufstellung der Skulptur "Dieser Schmerz betrifft uns alle" auf dem Kurt-Rossa-Platz
2134/2023

3.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Anwohnerparken: Zieht Verwaltung ihre offenkundig rechtswidrige Vorlage zurück?"
AN/1268/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023
2140/2023

3.3 Anfrage der AFD-Fraktion betreffend "„Demokratische Fraktionen“ im Kölner Stadtrat"
AN/1270/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023
2186/2023

3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit unserer Feuerwehrleute: Mängel an den neu beschafften Atemschutzgeräten der Kölner Feuerwehr"
AN/1269/2023

Antwort der Verwaltung vom 10.07.2023
2165/2023

Nicht öffentlicher Teil

8.1.1 Personalie
2039/2023

11.3 Abschluss eines Gesellschafterdarlehens mit der Koelnmesse GmbH
2105/2023

11.4 Anmietung von Räumen am Sachsenring 79 für 4 Klassen des Humboldt-Gymnasiums Kartäuserwall 40
2046/2023

II. Es liegen **zwei Dringlichkeitsanträge** vor:

- **Dringlichkeitsantrag der**
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
"Ausbau des Sozialen Zentrum Lino- Club e.V. zu einem generationsübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)"
AN/1274/2023

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag in die Tagesordnung **aufgenommen**.

- **Dringlichkeitsantrag der**
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. und FDP betreffend
"Temporäre Aufstellung des Armenier*innen Mahnmals"
AN/1275/2023

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag in die Tagesordnung **aufgenommen**.

III. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 2.1.1

Liste der Großbauprojekte
3165/2022

Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1

und

TOP 4.1

Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konsequenzen aus der Liste der Großbauprojekte ziehen: Projekte streichen – Projekte priorisieren – Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von Großprojekten"

AN/0470/2023

sowie

TOP 4.2

Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Liste der Großbauprojekte"

AN/1265/2023

gemeinsam zu behandeln.

Sie schlägt zudem vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 2.1.6

Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus), Aktueller Sachstand

2023/2023

und

TOP 4.3

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ausbau des Sozialen Zentrum Lino-Club e.V. zu einem generationsübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)"

AN/1274/2023

gemeinsam zu behandeln.

Sie schlägt zudem vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 2.1.7

Sachstandsbericht zur Aufstellung der Skulptur "Dieser Schmerz betrifft uns alle" auf dem Kurt-Rossa-Platz

2134/2023

und

TOP 4.4

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Temporäre Aufstellung des Armenier*innen Mahnmals"

AN/1275/2023

gemeinsam zu behandeln.

IV. Herr Cremer beantragt, den Tagesordnungspunkt

TOP 3.3

Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Demokratische Fraktionen“ im Kölner Stadtrat

AN/1270/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023

2186/2023

bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen.

- V.** Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt den Verfahrensvorschlägen und der nachfolgenden Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Liste der Großbauprojekte 3165/2022

Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1

2.1.2 Gleichbehandlung von Geflüchteten - Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 11.07.2022 1078/2023

2.1.3 Ehrenamt von Menschen mit Behinderung stärken 1330/2023

2.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Zimmermann aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 17.04.2023 betreffend die Auswirkungen auf die Kund*innen der RheinEnergie durch die gestiegenen Energiekosten 1633/2023

2.1.5 Ideen aus dem Runden Tisch Karneval 2101/2023

2.1.6 Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus), Aktueller Sachstand 2023/2023

- 2.1.7 Sachstandsbericht zur Aufstellung der Skulptur "Dieser Schmerz betrifft uns alle" auf dem Kurt-Rossa-Platz
2134/2023
- 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 3.1 Anfrage der Volt-Fraktion betreffend "U3-Kindertagespflege"
AN/0285/2023
- Antwort der Verwaltung vom 13.04.2023
1142/2023
- 3.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Anwohnerparken: Zieht Verwaltung ihre offenkundig rechtswidrige Vorlage zurück?"
AN/1268/2023
- Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023
2140/2023
- 3.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "„Demokratische Fraktionen“ im Kölner Stadtrat"
AN/1270/2023
- Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023
2186/2023
- 3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit unserer Feuerwehrleute: Mängel an den neu beschafften Atemschutzgeräten der Kölner Feuerwehr"
AN/1269/2023
- Antwort der Verwaltung vom 10.07.2023
2165/2023
- 4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 4.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konsequenzen aus der Liste der Großbauprojekte ziehen: Projekte streichen – Projekte priorisieren – Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von Großprojekten"
AN/0470/2023
- 4.2 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Liste der Großbauprojekte"
AN/1265/2023
- 4.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ausbau des Sozialen Zentrum Lino- Club e.V. zu einem generationsübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)"
AN/1274/2023

- 4.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Temporäre Aufstellung des Armenier*innen Mahnmals" AN/1275/2023

5 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)

- 5.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2023/2024
4225/2022

- 5.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord
0502/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1247/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1255/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1257/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.
AN/1273/2023

6 Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

- 8.1.1 Personalie
2039/2023

- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)

- 11.1 RheinEnergie AG
2044/2023

- 11.2 Personalangelegenheit
1522/2023
- 11.3 Abschluss eines Gesellschafterdarlehens mit der Koelnmesse GmbH
2105/2023
- 11.4 Anmietung von Räumen am Sachsenring 79 für 4 Klassen des Humboldt-
Gymnasiums Kartäuserwall 40
2046/2023
- 12 Personalangelegenheiten**
- 13 Allgemeine Vorlagen**
- 14 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Liste der Großbauprojekte 3165/2022

**Liste der Großbauprojekte - Beantwortung von Anregungen und Nachfragen aus den beteiligten Gremien
3165/2022/1**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

Anmerkung: Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 4.1 und 4.2 unter TOP 4.1 behandelt.

2.1.2 Gleichbehandlung von Geflüchteten - Umsetzung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 11.07.2022 1078/2023

Herr Cremer fragt, ob geflüchteten Drittstaatlern aus der Ukraine Angebote zur Rückkehr in ihr Heimatland gemacht worden seien. Des Weiteren fragt er, ob der Stadt bekannt sei, in welchem Umfang sich Personen gegenüber der Stadt Köln fälschlicherweise als Ukrainer ausgeben hätten.

Die Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.2 zur Niederschrift:

Es gehört zum üblichen Verfahren, dass jeder Person, für die eine Ausreisepflicht durch das Ausländeramt festgestellt wird, eine Rückkehrberatung angeboten wird. Die Person wird dort über ihre Rechte und Pflichten belehrt und über Rückkehrhilfen informiert.

In Einzelfällen ist es vorgekommen, dass sich im ausländerrechtlichen Prüfverfahren der Verdacht einer Täuschung über die Identität ergab. Ein solcher Verdachtsfall wird dann an die Strafverfolgungsbehörde übergeben, die alle weiteren Ermittlungen übernimmt. Eine Statistik führt das Ausländeramt dazu nicht.

2.1.3 Ehrenamt von Menschen mit Behinderung stärken 1330/2023

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

2.1.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Zimmermann aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 17.04.2023 betreffend die Aus- wirkungen auf die Kund*innen der RheinEnergie durch die gestiegenen Energiekosten 1633/2023

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

2.1.5 Ideen aus dem Runden Tisch Karneval 2101/2023

Die politischen Vertreter*innen stellen ihre Positionen im Hinblick auf die Themen der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Runder Tisch Karneval dar.

Herr Cremer fragt nach dem aktuellen Zustand des Rasens an der Uniwiese und ob mit einer natürlichen Wiederherstellung der Rasenoberfläche bis zum Beginn der nächsten Session zu rechnen sei. Zudem fragt er nach der Zusammensetzung der Mitglieder der Arbeitsgruppe Runder Tisch Karneval.

Die Nachfragen werden schriftlich beantwortet.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.5 zur Niederschrift:

Arbeitsgruppen Runder Tisch Karneval

In der AG 1 „Zielgruppenkommunikation“ haben Vertreter*innen seitens Koelnistkool, des Festkomitees Kölner Karneval, von Ströer, ASTA, Jugendring, KoelnTourismus, das Kinder- und Jugendbüro, das Jugendamt, das Ordnungsamt und das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln mitgewirkt.

In der AG 2 „Weiterentwicklung Angebote im Quartier Latäng“ wurden ein Auszubildender aus dem Gastronomiebereich, Vertreter*innen der Bezirks-Schülervertretung sowie ASTA Sporthochschule Köln, Gastronomen, Veranstalter und IG Gastro eingebunden, die teilweise gleichzeitig auch als Anwohnende des Zülpicher Viertels einen weiteren Blick einbrachten.

In der AG 3 „Dezentrale Veranstaltungsformate“ waren neben Humba e.V., Immisitzung, Loss mer Singe - Jeckespill, der KG Ponyhof, ein Musiker, der Kölner Jugendring, das Festkomitee Kölner Karneval, die DEHOGA sowie KlubKomm vertreten.

Rasenfläche an der Uniwiese

Die Flächen sind mit einem Aufwand von 17.000 € saniert worden und werden schon bald wieder allen Bürger*innen zur Nutzung zur Verfügung stehen. Die Schäden resultierten insbesondere aus der Situation am 11.11.2022, nicht von Weiberfastnacht in diesem Jahr. Weiberfastnacht hat der Schutz des Rasens funktioniert.

**2.1.6 Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationen-
übergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus), Aktueller Sach-
stand
2023/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

Anmerkung: Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungs-
punkt 4.3 unter TOP 4.3 behandelt.

**2.1.7 Sachstandsbericht zur Aufstellung der Skulptur "Dieser Schmerz betrifft
uns alle" auf dem Kurt-Rossa-Platz
2134/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

Anmerkung: Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit den Tagesordnungs-
punkt 4.4 unter TOP 4.4 behandelt.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

**3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertre-
tungen)**

**3.1 Anfrage der Volt-Fraktion betreffend "U3-Kindertagespflege"
AN/0285/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 13.04.2023
1142/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Anwohnerparken: Zieht Verwal-
tung ihre offenkundig rechtswidrige Vorlage zurück?"
AN/1268/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023
2140/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.3 Anfrage der AFD-Fraktion betreffend "„Demokratische Fraktionen“ im
Kölner Stadtrat"
AN/1270/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.07.2023
2186/2023**

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

**3.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit unserer Feuerwehrleute: Mängel an den neu beschafften Atemschutzgeräten der Kölner Feuerwehr"
AN/1269/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 10.07.2023
2165/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**4.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konsequenzen aus der Liste der Großbauprojekte ziehen: Projekte streichen – Projekte priorisieren – Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von Großprojekten"
AN/0470/2023**

und

**4.2 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Liste der Großbauprojekte"
AN/1265/2023**

Die Fraktionen stellen ihre Positionen zu der Liste der Großbauprojekte dar.

Herr Petelkau fragt, inwieweit Bedarfsanalysen nach DIN-Norm 18205 zu Verzögerungen in den Projektumsetzungen führen würden.

Herr Beig. Greitemann teilt mit, dass in Teilen Bedarfsanalysen nach DIN-Norm 18205 durchgeführt würden. Bedarfsanalysen würden grundsätzlich vor Projektstart durchgeführt und Bedarfe durch die Dienststellen angemeldet. Für den Kulturbereich verweist er auf den Kulturentwicklungsplan. DIN-Norm 18205 diene der Festlegung der Qualität, Art und den Umfang der Umsetzung. Eine Standardisierung der Bedarfsanalysen nach DIN-Norm 18205 stelle keine vollumfängliche Lösung dar.

Herr Beig. Greitemann empfiehlt, mögliche Anpassungen von Bedarfsanalysen erst für zukünftige Projekte und nach Fachgesprächen festzulegen.

Herr Achtelik möchte wissen, ob für die meisten Projekte eine Bedarfsanalyse gemacht worden sei.

Herr Beig. Greitemann bestätigt für Projekte aus Dezernat VI die Durchführung von Bedarfsanalysen. Auch für den Verkehrsbereich erwarte er ein ähnliches Vorgehen. Im Hinblick auf den Kulturbereich gehe er ebenfalls von der Durchführung von Bedarfsanalysen aus und verweist auf die Kulturentwicklungsplanung.

Herr Beig. Greitemann kündigt für das zukünftige Fachgespräch für Dezernat VI an, dass auch für Projekte in frühen Projektstadien, bei denen bereits Bedarfsanalysen erstellt wurden, diese ebenfalls in das Fachgespräch eingebracht würden.

Herr Achtelik nimmt eine mündliche Anpassung des Änderungsantrages der Volt-Fraktion vor.

I. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke. unter TOP 4.1

Beschluss:

1.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle Planungen an den folgenden Großbauprojekten einzustellen bzw. die Planungen wie aufgeführt zu ändern:

- Ost-West-Stadtbahn: rein oberirdischer Ausbau, also Verzicht auf die U-Bahn
- Historische Mitte Köln (Neubau des Kölnischen Stadtmuseums, Werkstätten RGM);
stattdessen: Renovierung und Erweiterung des Zeughauses für einen Wiedereinzug des Kölnischen Stadtmuseums
- Östlicher Ringschluss Mülheimer Süden
- Bezirksrathaus Innenstadt: Verzicht auf den Neubau
- Bastei: kein Umbau zu einem wieder öffentlich zugänglichen Gebäude, sondern nur bauliche Sicherung

2.

Die weiteren in der Liste der Großbauprojekte aufgeführten Projekte werden durch die Verwaltung anhand eines dem Rat unverzüglich vorzulegenden Handlungsleitfadens bewertet und priorisiert.

Dazu beantwortet die Verwaltung unverzüglich die in den Ausschüssen wiederholt gestellten Fragen nach der Höhe der Risikozuschläge und den jährlichen Belastungen durch Folgekosten.

Darüber hinaus sind folgende Fragen zu beachten:

- In welchem Planungsstadium ist das Bauvorhaben?
- Sind die Bauvorhaben personalisiert?
- Bestehen gesetzliche Verpflichtungen?
Etwa zur Herstellung der Barrierefreiheit, aufgrund brandschutzrechtlicher Bestimmungen oder um der Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge oder Obdachlose nachzukommen
- Dient das Bauvorhaben der Daseinsvorsorge der Kölner Bevölkerung?
Vorrang haben Investitionen, die zur Beseitigung des Schulbaunotstandes, der Energiewende, der Verkehrswende und der Beseitigung des eklatanten Mangels an mietpreisgünstigen Wohnungen dienen.
- Liegt das Bauvorhaben in einem Sozialraumgebiet?
- Soll ein vorhandenes Gebäude renoviert werden oder soll ein Neubau errichtet werden?
Die dauerhafte Unterhaltung der vorhandenen Gebäude hat grundsätzlich Vorrang vor dem Neubau. (=> Abrissmoratorium)
- Lassen sich durch das Bauvorhaben Kosten einsparen?

3.

Bei allen zukünftigen Großbauprojekten sind die Empfehlungen der Reformkommission „Bau von Großprojekten“¹ strikt zu beachten.

Erforderlich ist ein grundlegender Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von öffentlichen Großprojekten und Einhaltung u.a. dieser Empfehlungen:

- Erst planen, dann bauen
- Vergabe an den Wirtschaftlichsten, nicht an den Billigsten
- Verbindliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung
- Klare Prozesse und Zuständigkeiten
- Stärkere Transparenz und Kontrolle

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION mehrheitlich abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag der Volt-Fraktion unter TOP 4.2 in der mündlich geänderten Fassung

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Terminierung und Durchführung eines *zweistufigen* Fachgespräches zu der in Vorlage 3165/2022 vorgestellten Liste der Großbauprojekte mit den im Hauptausschuss stimmberechtigt vertretenen Fraktionen.

Im ersten Fachgespräch sollen die bereits eindeutig festgestellten Bedarfe, wie z.B. der Schul- und Feuerwehrbauten, geklärt werden. Im zweiten Fachgespräch legt die Verwaltung detailliertere Informationen, wo vorhanden gemäß der Bedarfsanalyse nach DIN-Norm 18205, oder anderer Form einer Bedarfsanalyse vor und ergänzt diese Informationen in der abgeschichteten Liste der Projekte, deren Bedarfe nicht eindeutig geklärt werden konnten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 2.1.1, 4.1 und 4.2.
Mündliche Änderung zu 4.2 von Ratsmitglied Achtelik.

4.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ausbau des Sozialen Zentrum Lino- Club e.V. zu einem generationsübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus)" AN/1274/2023

Die Fraktionen stellen ihre Positionen zum Ausbau des Sozialen Zentrum Lino-Club e.V. dar.

Beschluss:

Der Hauptausschuss hält den Ausbau des Sozialen Zentrums Lino-Club e.V. zu einem generationenübergreifenden Bürgerhaus (Mehrgenerationenhaus) sozial- und jugendpolitisch für die Entwicklung des Stadtteils für sinnvoll und notwendig.

¹ Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/reformkommission-bau-von-grossprojekten-endbericht-735586>

Der Hauptausschuss begrüßt, dass mit dem Träger und der Politik Gespräche geführt werden, wie das Projekt trotz der veränderten Förderkulisse realisiert werden kann. Die Verwaltung wird aufgefordert darzulegen, wie der Ausbau des Projekts unter den veränderten Bedingungen (ggf. mit Beteiligung des Trägers) erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 2.1.6 und 4.3.

**4.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Temporäre Aufstellung des Armenier*innen Mahnmals"
AN/1275/2023**

Die Fraktionen stellen ihre Positionen zur temporären Aufstellung des Armenier*innen Mahnmals und die Begründung des vorliegenden Dringlichkeitsantrages in Bezug auf den Ratsbeschluss zu TOP 3.1.5 vom 15.06.2023 dar.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist auf die teilweise fehlende Unterscheidung zwischen dem formellem Umsetzungsverfahren einerseits und der grundsätzlichen Befürwortung eines Mahnmals andererseits hin. Nach der Sommerpause solle der Dialogprozess unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen starten.

Herr Zimmermann und Herr Joisten erkundigen sich nach der vom Rat beschlossenen „temporären Aufstellung“ des Mahnmals. Frau Oberbürgermeisterin Reker führt aus, „temporär“ sei ein unbestimmter Rechtsbegriff. Eine Aufstellung des Mahnmals bis zum Beginn des Dialogprozesses sei durch den Ratsbeschluss nicht festgelegt worden, zumal in der Zwischenzeit eine Entscheidung des Gerichts getroffen wurde. Herr Cremer fragt, ob die Umsetzung des Dringlichkeitsantrages rechtlich möglich sei und welche Folgen eine Umsetzung haben könnte.

Frau Oberbürgermeisterin Reker antwortet, dass die Umsetzung juristisch möglich sei, jedoch der gängigen Verwaltungspraxis der Stadt Köln entgegenstehe und somit die Gefahr bestehe, dass sich zukünftig Antragssteller auf diese Entscheidung beriefen. Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert weist ebenfalls auf die Gefahr hin, die mit einer geänderten Verwaltungspraxis einhergehe.

Auf Rückfrage von Frau Oberbürgermeisterin Reker stellen die antragsstellenden Fraktionen klar, dass der im Antrag genannte „Start des vom Rat beschlossenen Dialogprozesses“ der Zeitpunkt des mit der Einladung bekanntgegebenen ersten Termins zum Dialogprozess sein solle.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zum Start des vom Rat beschlossenen Dialogprozesses eine nach dem Gerichtsurteil mögliche temporäre Aufstellung des Mahnmals am bisherigen Platz weiterhin zu dulden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 2.1.7 und 4.4.

5 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)

5.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2023/2024 4225/2022

Frau Kessing fragt, ob die Erweiterung von Schulplätzen an der offenen Ganztagsgrundschule Köln-Meschenich, Kettelerstraße durch die ausstehende Beauftragung eines Küchenplaners gehindert wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen einer Eilentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW,

1. Der Hauptausschuss nimmt den ermittelten Bedarf von 34.600 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2023/2024 zur Kenntnis.
2. Er beauftragt die Verwaltung, bis zum Schuljahr 2025/2026 einen weiteren Ausbau der OGS-Platzzahlen bis zu einer Gesamtzahl von 37.000 OGS-Plätzen entsprechend der jeweiligen Bedarfslage und vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse vorzunehmen.
3. Der Hauptausschuss beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Einführung des Offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der Katholischen Grundschule am Standort Freiligrathstr. 35, 50935 Köln, zum Schuljahr 2023/2024. Die Schulkonferenz hat sich für die Einführung des offenen Ganztages ausgesprochen.
4. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, weiterhin jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Fachausschüssen das Ergebnis bekanntzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Antwort der Verwaltung zu TOP 5.1 zur Niederschrift:

Eine Ausweitung der Schülerzahlen im Sinne einer Zügigkeitserhöhung ist für den Standort Ketteler Straße nicht vorgesehen.

Die jetzige Küche zur Versorgung der Kinder im Offenen Ganztage ist sehr klein und kann die derzeitigen Essenszahlen nur mit viel Mühen schaffen. Eine Ausweitung der Plätze im Offenen Ganztage ist daher aktuell nicht möglich.

Ein benachbarter Raum könnte nun für die weiteren Überlegungen zur Verfügung gestellt werden. Um eine Vergrößerung und damit Verbesserung der Küchensituation eventuell auch durch Baumaßnahmen zu erreichen, ist eine Küchenplanung erforderlich. Erst nach vorliegender Planung und Abstimmung mit allen Beteiligten kann mit der nötigen Sicherheit gesagt werden, inwieweit eine Erhöhung der Essensplätze ermöglicht werden kann.

5.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord 0502/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1247/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1255/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1257/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.
AN/1273/2023

Die Fraktionen danken für die bereitgestellten Informationen und das vorausgegangene Fachgespräch und stellen ihre Positionen dar.

Herr Joisten bittet die Verwaltung, den Unterschied zwischen Anlage 7 und Anlage 12 insbesondere im Hinblick auf die Änderungen in Kapitel 3.9 zu erläutern.

Herr Beig. Greitemann verweist auf seine Aussagen im Stadtentwicklungsausschuss und im Fachgespräch sowie auf den Inhalt der Vorlagen. Bei der Anpassung handele es sich nicht um eine Aufweichung.

Herr Cremer fragt, ob der Hauptausschuss in dieser Sitzung einen Beschluss fassen und dieser Beschluss vom Investor auf Grund fehlender Zuständigkeit angefochten werden könne. Zudem fragt Herr Cremer, was passiere, wenn der Investor sich der Umsetzung des Beschlusses verweigere und erkundigt sich nach möglichen weiteren Klagerisiken.

Herr Beig. Greitemann erläutert, die Rechtssicherheit des Bebauungsplans sei soweit wie möglich geprüft worden. Die Behandlung im Hauptausschuss sei nach Auffassung des Rechtsamtes zulässig. In Bezug auf das Klagerisiko verweist Herr Beig. Greitemann auf den nicht öffentlichen Teil.

Herr Joisten möchte wissen, ob die Fassung des Kapitels 3.9 in Anlage 7 nicht rechtskonform gewesen sei. Zudem fragt Herr Joisten, ob der Erbpachtvertrag noch nicht zustande gekommen sei.

Herr Beig. Greitemann erläutert, die Formulierung aus Anlage 12 sei laut auf Empfehlung des Rechtsamtes aufgenommen worden, um mehr Rechtssicherheit zu erhalten. Zum Erbpachtvertrag verweist Herr Beig. Greitemann auf den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Anmerkung:

Weitere Fragen werden im nichtöffentlichen Teil unter TOP 14.1 beantwortet.

- I. **Die SPD-Fraktion zieht ihren Änderungsantrag AN/1257/2023 zurück.**
- II. **Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Vorlage (Anlage 11) zur Kenntnis und stellt fest:

Der Kölner Wohnungsmarkt ist weiterhin angespannt. Der aktuelle Geschäftsbericht Wohnen belegt dies mit eindringlichen Fakten und Zahlen. (DS-Nr. 0762/2023).

Ein Verzicht auf vertraglich vereinbarte Neubau von Wohnungen, davon 30% öffentlich gefördert, ist daher nicht akzeptabel.

Ein solcher Verzicht stünde auch dem Ziel des Bebauungsplans „Westlich Unter Goldschmied (LaurenzCarré) in Köln-Altstadt/Nord“ entgegen:

Durch die Neuplanung sowie in Teilen die Überplanung des Bestands, soll ein kleinteiliges, durchmischtes, urbanes, lebendiges Quartier entstehen, welches seiner zentralen Lage gerecht wird. Geplant wird ein Hotel-, Büro- und Wohnstandort mit kleinteiligen Einzelhandels- und Gastronomieangeboten in den Erdgeschosszonen, welche sich im Wesentlichen zum öffentlichen Raum hin orientieren.

Der Rat beschließt die Begründung in der Fassung gemäß Anlage 7.

Der Rat besteht daher gegenüber der GerchGroup auf der Einhaltung des 2020 abgeschlossenen städtebaulichen Vertrags, insbesondere auf § 13 Bindung geförderter Wohnungsbau.

Die von der Verwaltung diesbezüglich vorgeschlagenen Änderungen der Begründung der Vorlage werden daher ausdrücklich nicht beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. mehrheitlich abgelehnt.

III. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

3. Der Rat fordert weiterhin vom Investor den vereinbarten Neubau von Wohnungen, davon 30% öffentlich gefördert.

Um das Ziel des Bebauungsplans — die Entwicklung eines kleinteiligen, durchmischten, urbanen, lebendigen Quartier — zu verwirklichen, wird die Verwaltung in ihren Verhandlungen mit dem Investor unterstützt.

Die Verwaltung berichtet über den Entwicklungsstand der Verhandlungen im Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. mehrheitlich zugestimmt.

IV. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

3. Der Wohnungsbau im Plangebiet MU1 des Laurenz Carrés ist in der festgesetzten Form, inklusive 30% geförderten Wohnraum, zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. mehrheitlich abgelehnt.

V. Abstimmung über die Vorlage in der so ergänzten Fassung

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen einer Eilentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW,

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marsportengasse und Sporergasse in Köln Altstadt/Nord. —Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln Altstadt/Nord abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 bis 6;
2. den Bebauungsplan Nr. 67453/23 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung in Anlage 12.
3. *Der Rat fordert weiterhin vom Investor den vereinbarten Neubau von Wohnungen, davon 30% öffentlich gefördert.
Um das Ziel des Bebauungsplans — die Entwicklung eines kleinteiligen, durchmischten, urbanen, lebendigen Quartier — zu verwirklichen, wird die Verwaltung in ihren Verhandlungen mit dem Investor unterstützt.
Die Verwaltung berichtet über den Entwicklungsstand der Verhandlungen im Stadtentwicklungsausschuss.*

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Vorlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Stellenbesetzungsverfahren Direktorium Stadtmuseum

Herr Joisten erkundigt sich nach dem Stellenbesetzungsverfahren des Direktoriums des Stadtmuseums.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass das Verfahren aktuell durchgeführt werde.

Anmerkung:

Weitere Fragen werden nichtöffentlichen Teil unter TOP 14.2 beantwortet

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Martin Schneider
Schriftführer